

Sächsische Zeitung

SZ-ONLINE.DE

Drei für den Flutschutz

Bürgerinitiativen der Region ziehen an einem Strang. Es mangelt zwar noch an Ergebnissen, aber nicht am Optimismus.

04.02.2014 Von Antje Steglich

Bild 1 von 3



© - keine angabe im hugo-archivsys

Beinahe sieben Monate nach dem verheerenden Junihochwasser scheint es nun zumindest mit der Kommunikation voranzugehen. Flutopfer, Behörden und Politiker haben sich vor wenigen Tagen erstmals zu einem sogenannten Runden Tisch in Nünchritz zusammengefunden, Organisatoren waren die Bürgerinitiativen Hochwasser Nünchritz 2013, Lebenswerte Elbaue Zeithain und Hochwasserschutz für die Ortslage Röderau.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutierten die Betroffenen unter der Moderation von Landtagsabgeordneten Geert Mackenroth (CDU) mit Vertretern des Sächsischen Umweltministeriums, der Landestalsperrenverwaltung (LTV), dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASUV), dem Chef des sächsischen Wiederaufbaustabes Staatssekretär Dr. Fritz Jaeckel, den Bürgermeistern von Zeithain und Nünchritz, Ralf Hänsel (parteilos) und Gerd Bart-hold (CDU) sowie der Kreisrätin Bärbel Heym (Die Linke). „Wir haben aber erst einmal die Fragen besprochen, die die Vergangenheit betreffen“, sagte Udo Schmidt, Vorsitzender der Bürgerinitiative Hochwasser Nünchritz2013 und zeigte sich trotz

fehlender Resultate sehr optimistisch über die Zukunft und die Auswirkungen des Runden Tisches.

„Absiedlung war kein Thema“, betonte Schmidt allerdings. Anwohner von Nünchritz-West, die für eine staatlich geförderte Umsiedlung kämpfen, waren zu der Veranstaltung nicht eingeladen. Wohl aber Vertreter der Bürgerinitiative Hilfe für Lorenzkirch, deren Mitglieder auch zu großen Teilen das flutgebeutelte Dorf verlassen wollen. Durchaus wurde aber diskutiert, was mit einzelnen leeren Grundstücken im Überschwemmungsgebiet passieren soll. „Vom Freistaat wird empfohlen, dass die von der Kommune oder der LTV aufgekauft werden. Eine Wiederbesiedlung soll vermieden werden“, sagte Udo Schmidt. Auch die Aufgabe von Gartenanlagen und eine eventuelle Unterstützung durch die Behörden mit Flächen für einen Neuanfang sowie die Zahlungsmodalitäten für die Fluthilfe und die Möglichkeit von Abschlagszahlungen durch die SAB wurden bei dem Treffen thematisiert.

Der Runde Tisch soll nun in regelmäßigen Abständen zusammenkommen, das nächste Mal Mitte März. „Dann werden wir das Umwelt- und Naturschutzamt mit am Tisch sitzen haben“, kündigte Udo Schmidt an. Der primäre Hochwasserschutz, vor allem wie der Abfluss des Elbewassers gewährleistet werden kann, soll dann mehr in den Fokus rücken. Dazu gehören neben der Problematik der Beräumung der Elbwiesen auch mögliche bauliche Veränderungen von B169 und S88. Zudem will man einen einheitlichen Ansatz für die Bemessung eines HQ100 finden. Da gibt es laut der Nünchritzer Bürgerinitiative derzeit viele Widersprüche, was die verwendeten Pegelhöhen und Durchflussmengen der Elbe betrifft. „Das muss vereinheitlicht werden“, forderte Udo Schmidt. Nur so könnten die Orte und deren Bewohner wissen, was auf sie zukommt.

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/drei-fuer-den-flutschutz-2767470.html>